

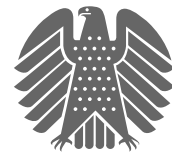
Vorlage für die Klausursitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes am 9. und 10. Januar 2024
sowie des Fraktionsvorstandes und der Fraktion am 11. und 12. Januar 2024

20/237

Nur zur internen Verwendung!

Entwurf, Stand: 04.01.2024

**SPD-Bundestagsfraktion
Arbeitsplanung 1. Halbjahr 2024**



Vorlage für die Klausursitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes am 9. und 10. Januar 2024 sowie des Fraktionsvorstandes und der Fraktion am 11. und 12. Januar 2024

SPD-Bundestagsfraktion

Arbeitsplanung 1. Halbjahr 2024

Stand: 04.01.2024

Inhaltsverzeichnis

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gabriela Heinrich	3
AG Außenpolitik	3
AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe	6
AG Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	7
AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Verena Hubertz	9
AG Wirtschaft	9
AG Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen.....	10
AG Tourismus	12
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Matthias Miersch	13
AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	13
AG Klimaschutz und Energie.....	17
AG Ernährung und Landwirtschaft.....	21
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Detlef Müller	24
AG Verkehr.....	24
AG Digitales	25
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Achim Post	27
AG Haushalt.....	27
AG Finanzen	27
AG Angelegenheiten der Europäischen Union.....	28
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Sönke Rix	30
AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	30
AG Bildung und Forschung.....	32
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt	35
AG Arbeit und Soziales	35
AG Gesundheit.....	37
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dirk Wiese	41
AG Inneres	41
AG Recht.....	45
AG Petitionen	53
AG Sport	53
AG Kultur und Medien	55
Parlamentarischer Geschäftsführer Dr. Johannes Fechner	57
AG Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.....	57
Querschnittsthemen	58

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gabriela Heinrich

AG Außenpolitik

- **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)**

Die AKBP ist die Dritte Säule unserer Außenpolitik. Sie verbindet Gesellschaften, Kulturen und Menschen und ist unser Angebot für eine Werte- und Verantwortungsgemeinschaft in Europa und weltweit. Um in der Zeitenwende zu bestehen, müssen wir die Mittlerorganisationen und damit auch die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaften weiter stärken.

Vorhaben

Positionspapier

Zeitplan

offen

- **Zusammenarbeit mit den Ländern des Indo-Pazifiks**

Der indo-pazifische Raum zählt zur bevölkerungsreichsten Region der Welt, deren politische, wirtschaftliche und geostrategische Bedeutung stetig zunimmt. Eine Zunahme weltweiter Bedrohungen wie Pandemien, Terrorismus, Cyberaktivitäten, Störungen des regelbasierten Handels, Desinformation sowie grenzüberschreitende organisierte Kriminalität erfordern neue Formen der Zusammenarbeit. Gleichzeitig sehen sich viele Staaten der Region bereits jetzt mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

offen

- **2. Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine und 10. Jahrestag der Krim-Annexion**

Im März 2024 jährt sich die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim zum zehnten Mal. Aus heutiger Sicht wissen wir: Dies war nur der Auftakt eines viel größeren und brutaleren Krieges, der am 24. Februar 2022 mit dem russischen Überfall auf die Ukraine begann und die Zerschlagung der ukrainischen Staatlichkeit zum Ziel hat. Seitdem verteidigt die Ukraine ihr Territorium gegen einen russischen Aggressor, der mit seinem Angriff die europäische Friedensordnung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mutwillig zerstört hat. Deutschland steht solidarisch an der Seite der Ukraine und unterstützt das Land politisch, militärisch und wirtschaftlich, um sich gegen den Aggressor zu wehren und die territoriale Integrität des eigenen Landes wiederherzustellen.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

Februar 2024

- **Bundeswehrmandat im Kosovo (KFOR)**

Frieden und Sicherheit auf dem Westbalkan sind für Deutschland und die Europäische Union von zentraler Bedeutung. Seit nunmehr 25 Jahren engagiert sich die Bundeswehr deshalb im Rahmen der NATO-geführten „Kosovo Force“ – kurz: KFOR – im Kosovo. Die gewaltsam ausgetragenen Konflikte im Norden des Kosovo im Herbst 2023 zeigen, dass KFOR nach wie vor in der Region benötigt wird, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Kosovo zu stärken. KFOR bleibt auch in Zukunft notwendig.

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	Mai 2024

- **Bundeswehrmandat im Südsudan (UNMISS)**

Auch mehr als zwölf Jahre nach der Unabhängigkeit bleibt Südsudan auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Die Sicherheitslage im Land bleibt aufgrund von ethnischen Konflikten und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und humanitäre Helfer:innen weiterhin fragil. Zudem sind von den rund zwölf Millionen Einwohner:innen des Landes mehr als neun Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Die Mission der Vereinten Nationen im Südsudan nimmt deshalb weiterhin eine Schlüsselrolle ein. Sie zielt darauf ab, die Zivilbevölkerung zu schützen, den Frieden nachhaltig zu sichern und den Weg freizumachen für Wahlen in 2025. Deutschland leistet dafür einen wichtigen Beitrag.

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	Februar/März 2024

- **Bundeswehrmandat im Mittelmeer (SEA GUARDIAN)**

Die NATO-Staaten haben 2016 die maritime Sicherheitsoperation „SEA GUARDIAN“ beschlossen. Ziel ist, den Schiffsverkehr im Mittelmeer abzusichern und den maritimen Terrorismus und damit im Zusammenhang stehende illegale Aktivitäten, wie Waffenschmuggel und Menschenhandel, einzudämmen. Dadurch wird die Südflanke des NATO-Bündnisgebietes gestärkt und der Handel durch das Mittelmeer gewährleistet.

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	Februar/März 2024

- **Zentralasien**

Zentralasien besitzt eine strategische Relevanz für deutsche und europäische Politik u.a. mit Blick auf Stabilität, Sicherheit, Wohlstand, Klima- und Energiepolitik sowie den Umgang mit Russland und China. Ende September 2023 fand in Berlin auf Einladung von Bundeskanzler Olaf Scholz das erste gemeinsame Gipfeltreffen Deutschlands mit allen fünf zentralasiatischen Republiken (C5+1) statt. Weitere Treffen wurden vereinbart.

In einem Positionspapier wollen wir die Bedeutung Zentralasiens als eine Brücke zwischen Europa und dem asiatischen Kontinent unterstreichen und sozialdemokratische Ansätze einer klugen und ausbalancierten Politik in der Region herausstellen.

Vorhaben	Zeitplan
Positionspapier	März 2024

- **Bundeswehrmandat in Libyen (EUNAVFOR MED IRINI)**

Seit 13 Jahren herrscht in Libyen ein Bürgerkrieg, der das Land politisch spaltet. Regelmäßige Verstöße gegen das Waffenembargo der Vereinten Nationen, sowie die hohe Anzahl ausländischer Söldner und islamistischer Terrororganisationen, gefährden den Friedensprozess im Land.

Das Engagement der internationalen Staatengemeinschaft in Libyen bleibt daher weiterhin notwendig. Seit Februar 2020 engagiert sich die Bundeswehr im Rahmen der EU-Mission EUNAVFOR MED IRINI. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des von den Vereinten Nationen gegen Libyen verhängten Waffenembargos. Der Einsatz umfasst darüber hinaus die Bekämpfung von Schleusern, die Eindämmung der illegalen Ausfuhr von Erdöl, sowie die Seenotrettung von Geflüchteten.

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	März/April 2024

- **Bundeswehrmandat im Libanon (UNIFIL)**

Seit 2006 engagiert sich die Bundeswehr im Rahmen der „United Nations Interim Force in Lebanon“ – kurz: UNIFIL-Mission der Vereinten Nationen im Libanon. Ziel des Einsatzes ist, die libanesische Regierung bei der Sicherung der Seegrenzen zu unterstützen und den Waffenschmuggel über See zu verhindern. UNIFIL bleibt im fragilen sicherheitspolitischen Umfeld und der anhaltenden Staats- und Wirtschaftskrise des Libanon ein wesentliches stabilisierendes Element.

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	Juni 2024

- **Bundeswehrmandat in Bosnien und Herzegowina (EUFOR ALTHEA)**

Im Dezember 2022 erhielt Bosnien-Herzegowina den EU-Kandidatenstatus. Maßgeblich für den weiteren EU-Beitrittsprozess bleibt jedoch die Umsetzung dringend notwendiger Reformen. Nach wie vor werden Nationalismus, ethnische Trennlinien und Sezessionsandrohungen eingesetzt, um eine Stärkung gesamtstaatlicher Institutionen zu blockieren. Dies erschwert den allgemeinen Fortschritt des Landes und damit den Weg in eine bessere Zukunft für die Menschen in Bosnien und Herzegowina.

Aus diesen Gründen bleibt die Operation EUFOR ALTHEA, an welcher sich die Bundeswehr nach zehnjähriger Pause seit 2022 wieder beteiligt, zur Unterstützung im zivilen Bereich und als Garant für Stabilität essenziell und weiterhin geboten.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

Juni 2024

AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe

- **UN Binding Treaty**

In Deutschland wurde das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz beschlossen und wird seit Januar 2023 umgesetzt. Auf europäischer Ebene wird derzeit im Trilog über ein europäisches Lieferkettengesetz verhandelt. Auch auf internationaler Ebene wird ein solches Verfahren besprochen (UN Binding Treaty). Wir wollen im Rahmen einer Fraktionsveranstaltung über das Thema sprechen.

Vorhaben

Veranstaltung

Zeitplan

1./2. Quartal 2024

- **Erklärung des Menschenrechtsausschusses zum Thema Guatemala**

Bei den Präsidentschaftswahlen in 2023 gewann zwar der sozialdemokratische Kandidat, reaktionäre Kräfte versuchen aber, seine Amtseinführung zu verhindern. Mit einer Erklärung des Ausschusses (SPD, Grüne, FDP, CDU/CSU) wollen wir unsere Unterstützung für progressiv-demokratische Kräfte betonen.

Vorhaben

Erklärung des Ausschusses

Zeitplan

Januar 2024

- **Unterrichtungen zum Thema „Universal periodic review“ (UPR)**

Deutschland hat im November 2023 im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf seinen periodischen Menschenrechtsbericht vorgelegt und Empfehlungen von anderen Staaten zur Lage der Menschenrechte in Deutschland bekommen. Wir wollen den Umsetzungsstand der angenommenen Empfehlungen im Ausschuss überprüfen.

Vorhaben

Unterrichtung im Ausschuss

Zeitplan

1./2. Quartal 2024

AG Sicherheits- und Verteidigungspolitik

▪ Antrag für die Einführung eines Veteranentages

Mit der Einführung eines bundesweiten Gedenktages sollen Angehörige der Bundeswehr mehr gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung erfahren. Zudem soll geprüft werden, ob Verbesserungen für Einsatzgeschädigte und deren Familien bei Fürsorge und Versorgung erforderlich sind.

Vorhaben	Zeitplan
Fachgespräch	1. Quartal 2024
▪ Antrag	

▪ Veranstaltung „Zwei Jahre Zeitenwende“ – Folgen des Kriegs in der Ukraine für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltung mit geladenen Gästen zu zwei Jahren „Zeitenwende“ – Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27. Februar 2022.

Vorhaben	Zeitplan
▪ Veranstaltung	1. Quartal 2024

▪ Bericht der Wehrbeauftragten 2022 (2./3. Lesung) .

Vorhaben	Zeitplan
Bericht	1. Quartal 2024

▪ Bericht der Wehrbeauftragten 2023 (1. Lesung)

Vorhaben	Zeitplan
Bericht	1. Quartal 2024

AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

▪ Städte für alle – Stadtentwicklung gerecht gestalten

Urbanisierung ist einer der Megatrends des 21. Jahrhunderts. Bis zum Jahr 2050 werden voraussichtlich 80 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben. Am schnellsten wachsen die Städte im Globalen Süden: 90 Prozent des Städtewachstums wird dort stattfinden. Mit diesem Städtewachstum gehen Herausforderungen – auch für die Entwicklungszusammenarbeit – einher. Ziel des Antrags ist, dass Projekte der Stadtentwicklung diesen Entwicklungen Rechnung tragen.

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	1. Quartal 2024

- **Meinungs- und Pressefreiheit**

Die Freiheit zu informieren und informiert zu werden ist ein Gradmesser für die Achtung der universell gültigen Menschenrechte in einem Land. Wo nicht unabhängig berichtet werden darf und wo Menschen ihre Meinung nicht frei äußern können, werden auch andere Menschenrechte verletzt. Nur wenn Menschen Zugang zu Informationen haben, können sie ihre anderen Grundrechte politisch hörbar einfordern. Die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Meinungs- und Medienfreiheit ist daher eine wichtige Säule der deutschen Demokratie-Förderung.

Vorhaben

Aktuelle Stunde im Plenum
Parlamentarisches Frühstück

Zeitplan

Mai 2024

- **Wirkung und Rolle kommunaler Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit**

Partnerschaften zwischen deutschen Kommunen und Kommunen aus Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind ein wichtiger Faktor, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen, dies hat eine jüngst veröffentlichte Studie der OECD bestätigt. Kommunale Partnerschaften zeichnen sich durch die Nähe zu Partner:innen, den Einbezug vielfältiger Organisationen und durch breites bürgerschaftliches Engagement aus und basieren häufig auf jahrzehntelangen Kooperationen.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

1. Quartal 2024

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Verena Hubertz

AG Wirtschaft

- **Postgesetz**

Das Gesetz soll umfassend überarbeitet werden mit schärferen Vorgaben für die Kontrolle von Subunternehmen im Paketbereich, der Wahrung des Universaldienstes und einer nachhaltigen Weiterentwicklung der Postdienstleistungen. Es werden Fragen der Entgeltregulierung behandelt sowie Laufzeitvorgaben etwas gelockert.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1./2. Quartal 2024

- **Vergaberecht (öffentliche Aufträge)**

Der Koalitionsvertrag macht diverse Vorgaben für die Neuordnung des öffentlichen Auftragswesens wie etwa die Entbürokratisierung, eine Stärkung von Start-ups, die Ausbildung nachhaltiger Leitmärkte und die Stärkung von „fair trade“. In diesem Sinne werden die Regeln für die öffentlichen Aufträge des Bundes umfassend überarbeitet.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	2024

- **Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft**

Die deutsche und europäische Verteidigungsindustrie wird durch neue geopolitische Krisen mehr herausgefordert als in früheren Zeiten. Es werden Maßnahmen zur Stärkung dieser Industriezweige aufgezeigt und Vorschläge zu einer industriellen Unabhängigkeit erarbeitet.

Vorhaben	Zeitplan
Positionspapier	bis 2. Quartal 2024

- **Freihandelsabkommen EU-Mercosur**

Die EU hat mit den vier Staaten des sog. „Mercosur“ (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) ein umfassendes Freihandelsabkommen ausgehandelt, mit dem u.a. die gegenseitigen Zölle gesenkt und der Zugang zu öffentlichen Aufträgen verbessert werden soll. Damit entsteht die größte Freihandelszone der Welt mit 700 Millionen Verbraucher:innen.

Vorhaben	Zeitplan
Ratifizierungsgesetz	2./4. Quartal 2024

▪ Investitionsprüfgesetz

Um zu verhindern, dass der Erwerb eines inländischen Unternehmens durch einen Nicht-EU-Investor nachteilige Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung hat, brauchen Investitionen oberhalb bestimmter Schwellen einer Genehmigung. Nun sollen die Regelungen zur Investitionskontrolle insb. vor dem Hintergrund einer drohenden Einflussnahme von Nicht-EU-Investoren auf die deutsche Infrastruktur oder dem Abfluss von hiesigem Know-how deutlich erweitert werden (z.B. im Bereich Halbleiter).

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	2024

▪ Rüstungsexportkontrollgesetz

Entsprechend der Vorgaben des KoaV sollen die acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunkt der EU sowie die politischen Grundsätze der Bundesregierung und die Kleinwaffengrundsätze der Bundesregierung gesetzlich verankert werden. Außerdem soll die Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter (sog. Post-Shipment-Kontrollen) ausgeweitet werden. Insgesamt soll eine restriktive Grundausrichtung (stärkere Berücksichtigung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie) mit Elementen einer verstärkten Kooperation im Rüstungsbereich sowie dem Abbau von Bürokratie im Genehmigungsverfahren (insbesondere Abschaffung des doppelten Genehmigungserfordernisses bei der Ausfuhr von Kriegswaffen) verbunden werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	2024

AG Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

▪ BauGB-Novelle

Die Novelle soll sich mit Fragen befassen, wie die Innenstadtentwicklung gesetzgeberisch gestärkt werden kann, welche weiteren Regelungen im besonderen Städtebaurecht und bei den Regelungen zum Vorkaufsrecht in diesem Zusammenhang getroffen werden sollen und welche Regelungen aus dem Baulandmobilisierungsgesetz in das Dauerrecht überführt werden können.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	7. Februar 2024: Kabinett 11. April 2024: Bundestag, 1. Lesung 14. Juni 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

▪ **Änderung des Hochbaustatistikgesetzes**

Die Erhebungen der Statistik der Bautätigkeit stellen unentbehrliche Informationen für Politik, Stadtplanung, Wirtschaft und Wissenschaft und Klimaschutz bereit; die Ergebnisse finden insbesondere in der Konjunktur- und Wohnungspolitik, in der Wohnungs- und Bauwirtschaft sowie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Anwendung. Um diese Datengrundlage und somit die Möglichkeiten zur politischen Steuerung zu verbessern, ist eine Änderung des Hochbaustatistikgesetzes vorgesehen. Künftig sollen damit auch unterjährig Daten zur Verfügung stehen, außerdem werden neue Merkmale ergänzt. Durch die Nutzung digitaler Verfahren sinkt der Erfüllungsaufwand für die Bauherren dabei.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

7. Februar 2024: Kabinett

11. April 2024: Bundestag, 1. Lesung

16. Mai 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

▪ **BauGB-Änderung: Neuer § 246e für den Wohnungsbau**

Die Sonderregelung gestattet für Vorhaben des Wohnungsbaus eine umfassende Abweichung von Vorgaben des Bauplanungsrechts, wobei folgende Rahmenbedingungen vorgesehen sind:

- Die Sonderregelung soll nur in Gebieten einem angespannten Wohnungsmarkt gelten, die nach § 201a BauGB bestimmt sind.
- Die Regelung gilt befristet bis zum Ablauf des 31. Dezember 2026.
- Zur Wahrung der kommunalen Planungshoheit muss die Gemeinde zustimmen.
- Im Außenbereich finden die Vereinfachungen nur auf Vorhaben Anwendung, die im räumlichen Zusammenhang mit Flächen stehen, die nach § 30 Absatz 1 oder § 34 zu beurteilen sind.
- Umwelt- und naturschutzrechtliche Vorgaben bleiben unberührt.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

Januar/Februar 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

▪ **Neue Wohngemeinnützigkeit (NWG)**

Die Neue Wohngemeinnützigkeit (NWG) ist als eine Antwort auf den dramatischen Mangel an preiswerten Wohnungen und dem ständigen Steigen der Mieten gedacht. Die Rahmenbedingungen für die Vermietung von Wohnraum in der originären, selbstlosen und steuerbegünstigten Gemeinnützigkeit der Abgabenordnung (AO) sollen verbessert werden. Begünstigte der vorgeschlagenen Änderungen sind Unternehmen und Einrichtungen mit dezidiert sozialer Ausrichtung, die Wohnungsbestände halten oder dies beabsichtigen. Diese Unternehmen können bereits gemeinnützig gemäß §§ 52 ff. AO sein oder sie erhalten durch die vorgeschlagenen Änderungen der AO einen verbesserten Zugang zur Gemeinnützigkeit.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

Frühjahr 2024

▪ Kommunales Vorkaufsrecht

Das Vorkaufsrecht für Kommunen soll wiederkehren und künftig klarer definiert für städtische Bereiche mit besonders angespanntem Wohnungsmarkt gelten, den sogenannten Milieuschutzgebieten. Hintergrund des Vorhabens ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom November 2021. Es hatte die bisherige Praxis vieler Kommunen gekippt, Mietshäuser zu kaufen, wenn eine Verdrängung der Bewohner durch private Investoren zu befürchten ist. Das Vorkaufsrecht können Kommunen seither nur noch ausüben, wenn ein Gebäude weitgehend leer steht oder verfällt, aber nicht mehr, wenn eine Stadt starke Mietsteigerungen erwartet. Deshalb muss eine Neuregelung im Baugesetzbuch (BauGB) geschaffen werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

▪ Gemeinsam Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden

Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Deutschland bis 2030 zu überwinden, wurde in diesem Jahr ein Nationaler Aktionsplan gestartet. Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans fordern wir die Bundesregierung auf, folgende zentrale Bestandteile mitzudenken, bundesgesetzgeberischen Anpassungsbedarf zu identifizieren und ggf. gesetzgeberisch tätig zu werden: die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt, die ärztliche Versorgung von wohnungslosen Menschen sowie laufend steigende Schulden bei den gesetzlichen Krankenkassen, steigende Komplexität in den Bedarfslagen der wohnungslosen Menschen, Brüche und Übergänge im Lebenslauf, die Situation hinsichtlich Pass- und Meldeangelegenheiten und ein umfassendes Präventionskonzept.

Vorhaben	Zeitplan
Nationaler Aktionsplan	Januar 2024

AG Tourismus

▪ Nationale Tourismusstrategie

Die Plattform „Zukunft des Tourismus“ hat ihre Arbeit aufgenommen. Wir wollen uns in den Prozess der Entwicklung von Maßnahmen für einen zukunftsfähigen, sozial gerechten, klimafreundlichen und innovativen Tourismus in Deutschland einbringen.

Vorhaben	Zeitplan
Entschließungsantrag	2./3. Quartal 2024

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Matthias Miersch

AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

- **Kreislaufwirtschaft**

Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft zur Senkung des primären Rohstoffbedarfs und zur effizienten Nutzung von Rohstoffen, Rezyklaten und Sekundärrohstoffen. Reduzierung und Vermeidung von Abfällen. Schaffung eines Rahmens, der die rohstoffpolitisch relevanten Strategien der Bundesregierung zusammenführt.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	Frühjahr 2024
Strategie	Sommer 2024
Verordnung	Juni 2024: Kabinett

- **Planungsbeschleunigung**

Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses und Ministerpräsidentenkonferenz vom November 2023 zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren. Ziel ist, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, insbesondere Windkraft an Land sowie grüne Elektrolyseure.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung
Verordnung	Januar 2024: Kabinett

- **Immissionsschutz**

Angesichts steigender Nutzungskonkurrenzen um Flächen ist auch eine Weiterentwicklung der Klimaschutzinstrumente notwendig.

Vorhaben	Zeitplan
Veranstaltung	Sommer 2024

- **Transformation**

Umsetzung von EU-Vorgaben zur Beschaffenheit von Kraft- und Brennstoffen und zur Herstellung von flüssigen und gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffen nicht-biogenen Ursprungs für den Verkehr. Zulassung paraffinischer Dieselmotorkraftstoff aus Synthese als Reinkraftstoff.

Vorhaben	Zeitplan
Verordnung	1. Quartal 2024

- **Nachhaltigkeit**

Stärkung des Themas Nachhaltigkeit im Deutschen Bundestag durch Vorschlag zur Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PBnE).

Vorhaben	Zeitplan
Positionspapier	Januar 2024

- **Gewässerschutz**

Umsetzung einer EU-Verordnung, mit der die Wasserknappheit in Folge des Klimawandels durch Wasserwiederverwendung für die landwirtschaftliche Bewässerung verringert und den Mitgliedstaaten die Umsetzung mit einheitlichen Vorgaben erleichtert werden soll. Ziel ist ein hohes Schutzniveau für die Umwelt und für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie die Förderung der Kreislaufwirtschaft.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	April 2024: Bundestag, 1. Lesung

- **Meeresschutz**

Für die Bergung von Munitionsaltlasten aus der Nord- und Ostsee stehen für die nächsten Jahre 100 Millionen Euro bereit. Das detaillierte Konzept für das Sofortprogramm Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee einschließlich einer Kostenschätzung für die bauliche Umsetzung und den laufenden Betrieb von unbemannten ferngesteuerten Einheiten zur Bergung und einer mobilen, schwimmenden Anlage zur Munitionsentsorgung liegt vor. 2024 sollen die Pilotanlagen zur Beräumung und Vernichtung an Land oder auf See ihren Betrieb aufnehmen.

Vorhaben	Zeitplan
Munitionsräumung in Nord- und Ostsee	offen

- **Naturschutz**

Umsetzung der Verordnungsermächtigung in § 45b Bundesnaturschutzgesetz mit Anforderungen an Durchführung einer Habitatpotentialanalyse für bestimmte kollisionsgefährdete Brutvogelarten beim Windenergieanlagenbau.

Vorhaben	Zeitplan
Verordnung	März 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Naturschutz**

Überarbeitung und Aktualisierung der alten Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt.

Vorhaben	Zeitplan
Strategie	März 2024: Kabinett

- **Luftreinhaltung**

Reduzierung der Luftschadstoffemissionen insb. Feinstaub und Verbesserung der Luftqualität.

Vorhaben	Zeitplan
Programm	1. Quartal 2024

- **Lärmschutz**

Einführung einer „Experimentierklausel“ für an Gewerbe heranrückende Wohnbebauung.

Vorhaben	Zeitplan
Verwaltungsvorschrift	Februar 2024: Kabinett

- **Verbraucherschutz – Recht auf Reparatur**

Entsprechend des Koalitionsvertrages sollen eine erhöhte Lebensdauer von Produkten und ihre bessere Reparierbarkeit Ressourcen einsparen und die Umweltbilanz verbessern. Dazu wird ein Reparaturgesetz und Reparaturregister eingeführt. Hinzu kommt die Ausweisung einer Gewährleistungsfrist und Herstellergarantie zur Produktlebensdauer. Zudem sollen Reparaturinitiativen (Repaircafés) gefördert werden. Des Weiteren werden EU-Initiativen zur Weiterentwicklung der Ökodesign-Richtlinie sowie Novellen zur Warenkauf-Richtlinie, Unlauteren Geschäftspraktiken-Richtlinie, Verbraucherrechte-Richtlinie unterstützt.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024

- **Verbraucherschutz – Stärkung Verbraucherforschung**

Verbraucherforschung wurde beim Umzug der Zuständigkeit vom BMJ ins BMUV durch Stellenwegfall geschwächt. Aber insb. zu vulnerablen Verbrauchergruppen ist Verbraucherforschung nötiger denn je. Für gezielte Unterstützungsmaßnahmen der besonders von den Auswirkungen von Klimakrise, Krieg und Corona auf den Markt betroffenen verletzlichen Verbraucher ist eine bessere wissenschaftliche Basis notwendig. Deshalb begleiten wir die Weiterentwicklung der Verbraucherforschung und setzen uns für die Errichtung eines Bundesinstituts für Verbraucherforschung ein. Für eine Studie dazu wurden auf SPD-Initiative im November 2022 Haushaltsmittel in Höhe von 100 000 Euro bereitgestellt.

Vorhaben	Zeitplan
Studie	Ende 2024

- **Verbraucherschutz – Stärkung der Verbraucherresilienz**

Bereits vor Corona waren sechs bis sieben Millionen Verbraucher:innen überschuldet. Durch finanzielle Mehrbelastungen wie steigende Energie- und Lebensmittelpreise wird die Zahl der Betroffenen steigen. Die Schuldnerberatung gewinnt zunehmend an Bedeutung. Längst ist der Bedarf nicht mehr auf Arbeitslose beschränkt, sondern reicht bis in den Mittelstand hinein. Zwar ist die Beratung selbst Ländersache. Auf Bundesebene aber ist BMUV für Verbraucherresilienz und somit für Schuldnerberatung zuständig und hat im Haushalt eine Million Euro für 2022 und ab 2023 zwei Millionen Euro eingestellt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung BAG soll im Haushalt 2024 in die institutionelle Förderung aufgenommen werden.

Des Weiteren sollen Möglichkeiten für den Zugang zu kostenloser qualifizierter Schuldnerberatung rechtlich für Alle geprüft werden. Zudem soll für einheitliche Qualitätsstandards in der Beratung gesorgt werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

AG Klimaschutz und Energie

▪ **Novelle des Klimaschutzgesetzes**

Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes soll u.a. die Betrachtung nicht mehr auf die Vergangenheit gerichtet, sondern auf die Prognose für zukünftige Emissionsentwicklungen abgestellt werden. Die Einhaltung der Klimaschutzziele und der damit erlaubten Emissionsmengen soll anhand einer sektoreübergreifenden und mehrjährigen Gesamtrechnung überprüft werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

▪ **Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (2. Stufe des Wasserstoffhochlaufs)**

Schaffung des Rechtsrahmens für die Entwicklung einer nationalen Wasserstoffinfrastruktur, um einen schnellen und kostengünstigen Hochlauf des Wasserstoffmarktes zu ermöglichen. Umsetzung der Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie.

Ziel ist es, über das Wasserstoff-Kernnetz hinaus weitere Wasserstoffverbraucher und -erzeuger sowie Wasserstoffspeicher anzubinden und ein flächendeckendes Wasserstoffnetz aufzubauen. Hierzu soll zeitnah eine umfassende, turnusmäßige Netzentwicklungsplanung für Wasserstoff eingeführt werden. Die Planung soll in einem integrativen Prozess zusammen mit der Netzentwicklungsplanung für Erdgas erfolgen, um die Wechselwirkungen zwischen beiden Bereichen zu berücksichtigen.

Gleichzeitig enthält der Gesetzesentwurf Regelungen zur Finanzierung des Wasserstoff-Kernnetzes. Das künftige Wasserstoff-Kernnetz soll grundsätzlich vollständig über Netzentgelte finanziert werden. In der Hochlaufphase mit noch wenigen Netznutzern können die (anfänglich hohen) Investitionskosten sowie Betriebskosten jedoch noch nicht vollständig auf die Entgelte der Netznutzer umgelegt werden. Daher soll ein Finanzierungsmodell mit einer subsidiären staatlichen Absicherung entwickelt werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

22. Februar: Bundestag, 2./3. Lesung

▪ **Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) im Hinblick auf Genehmigungsverfahren für Erneuerbare-Energien-Anlagen**

Anforderungen an die planerische Ausweisung neuer Beschleunigungsgebiete. Erleichterungen im Genehmigungsverfahren in den Beschleunigungsgebieten. Maßnahmen zur Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens außerhalb von Beschleunigungsgebieten.

Vorhaben

Gesetz (Federführung offen)

Zeitplan

Juli 2024

- **Solarpaket I (2. Teil)**

Umfassende Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Ggf. Resilienz-Regelung für heimische Solarwirtschaft. Auch enthalten Forderungen für Wind an Land, Biomasse, Wind auf See und Speicher.

Vorhaben	Zeitplan
-----------------	-----------------

Gesetz	1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung
--------	--

- **Solarpaket II**

Energy Sharing (dazu läuft seit Oktober 2023 ein Stakeholder-Prozess), Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, schnellere Netzanschlussprüfung, Kapazitätsreservierungen, Dach-Photovoltaik: Optimierung baulicher und technischer Anforderungen.

Vorhaben	Zeitplan
-----------------	-----------------

Gesetz	offen
--------	-------

- **Wasserstoffbeschleunigungsgesetz**

Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus von Wasserstoffimportterminals (Vorbild: LNG-Beschleunigungsgesetz).

Vorhaben	Zeitplan
-----------------	-----------------

Gesetz	offen
--------	-------

- **Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (Erdgasspeichergesetz)**

Der Entwurf sieht vor, die Vorschriften zu den Mindestfüllständen in Gasspeichern bis zum 1. April 2027 zu verlängern (bislang 1. April 2025). Denn erst werden die landseitigen LNG-Terminals in Betrieb gehen. Des Weiteren soll die Auslastung des Höchstspannungsnetzes temporär durch die Nutzung von Netzreservekraftwerken erhöht werden.

Vorhaben	Zeitplan
-----------------	-----------------

Gesetz	18./19. Januar 2024: Bundestag, 2./3. Lesung
--------	--

▪ **Änderung des Herkunftsnachweisregistergesetzes**

Das Gesetz zur Ausstellung, Übertragung und Entwertung von Herkunftsnachweisen sowie zur Schaffung eines Herkunftsnachweisregisters (HkNR) für gasförmige Energieträger und eines Herkunftsnachweisregisters für Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien (HkNRG) ist am 14. Januar 2023 in Kraft getreten. Es wurde festgestellt, dass einzelne Rechtsgrundlagen, die für eine Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) erforderlich sind, im HkNRG fehlen. Die fehlenden Rechtsgrundlagen sollen mit der vorliegenden Änderung des HkNRG kurzfristig geschaffen werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	18./19. Januar 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

▪ **Gas- und Wärme Herkunftsnachweisregister-Verordnung**

Einrichtung eines Herkunftsnachweisregisters für Gas, H₂, Wärme und Kälte. Es werden damit unionsrechtliche Vorgaben umgesetzt.

Vorhaben	Zeitplan
Verordnung	1./2. Februar 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

▪ **Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)**

Schwerlasttransportbeschleunigung (im Entschließungsantrag mit drei Monaten Umsetzungsfrist); Netzanschlussbeschleunigung (Konsultation läuft); Ggf. Gründung Energiebeirat Bundesnetzagentur (derzeit Energie, Telekommunikation, Post).

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

▪ **Speicherstrategie**

Umfassende Strategie zu Wärme-, Wasserstoff- und Stromspeicher.

Vorhaben	Zeitplan
Strategie	1. Quartal 2024

▪ **Plattform klimaneutrales Stromsystem (PKNS)**

Die PKNS greift die wichtigsten Fragestellungen zur Ausgestaltung des zukünftigen, weitgehend klimaneutralen Stromsystems und Strommarktdesigns auf. Sie hat vier Arbeitsgruppen, in denen alle relevanten Stakeholder vertreten sind. Sie wurde vom BMWK initiiert.

Vorhaben	Zeitplan
Abschlussbericht	offen

- **Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes (EDL-G)**

Das EDL-G muss die erweiterten Anforderungen zum Energieaudit nach der europäischen Energieeffizienzrichtlinie (EED) in nationales Recht umsetzen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024

- **Änderung des Treibhausgasemissionshandelsgesetzes (TEHG) sowie des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG)**

Die TEHG-Novelle verfolgt das Ziel, die beiden EU-Änderungsrichtlinien zur Novellierung der EU-Emissionshandelsrichtlinie vollumfänglich umzusetzen und dabei gleichzeitig Grundlagen für eine Überführung des nationalen Brennstoffemissionshandels (BEHG) in den EU-Brennstoffemissionshandel zu schaffen. Zentrale Elemente des Gesetzentwurfs sind:

- europarechtlich gebotene Änderungen des Emissionshandelssystems (ETS) im Bereich ortsfester Anlagen (klassischer „ETS-1“),
- Erweiterungen des ETS im Bereich Luftverkehr,
- erstmalige Regelungen für einen ETS im Bereich Seeverkehr und
- die Einführung eines europäischen Brennstoffemissionshandels (ETS 2) ähnlich dem bestehenden nationalen Brennstoffemissionshandel gemäß BEHG.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024

- **Bericht zum Übergang vom nationalen zum europäischen Emissionshandel**

Nach dem Kabinettsentwurf zum Klimaschutzgesetz hat die Bundesregierung einen Bericht über den Übergang vom nationalen zum europäischen Emissionshandel bis Ende 2024 vorzulegen. Der Bericht wird eine zukünftige BEHG-Novelle vorbereiten.

Vorhaben	Zeitplan
Bericht	offen

AG Ernährung und Landwirtschaft

▪ Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt alle vier Jahre einen "Bericht über die Lage der Landwirtschaft" vor. Er dient als Standortbestimmung der Agrarpolitik der Bundesregierung und präsentiert die agrarpolitischen Weichenstellungen, Ziele und Vorhaben. Wie in den vergangenen Jahren wollen wir den Themen in der Woche der Internationalen Grünen Woche 2024 einen prominenten Platz im Plenum einräumen.

Vorhaben

Bericht

Zeitplan

Kernzeitdebatte am 18.1.2024

▪ Frauen in der Landwirtschaft

Rund ein Drittel der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind Frauen. Sie sind in vielerlei Funktionen in der Landwirtschaft tätig. Jedoch wird nur jeder neunte Betrieb von einer Frau geleitet. Basierend auf einem Forschungsprojekt des Thünen-Instituts zur Lebenssituation von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben wollen wir von Ausbildung bis Rente eine Plattform für Austausch und Lösungsansätze schaffen.

Vorhaben

Veranstaltung
Positionspapier

Zeitplan

25.1.2024 auf dem IGW-Gelände

▪ Stärkung der Organisationen und Lieferketten im Agrarbereich

Auf Grundlage des Evaluierungsberichts wollen wir das Gesetz zur Stärkung der Organisationen und Lieferketten im Agrarbereich (AgrarOLkG) verbessern. Es kommt darauf an, die Fairness zwischen Erzeuger und Lebensmitteleinzelhandel zu erhöhen und die Verhandlungsposition der Landwirt:innen in der Wertschöpfungskette zu stärken.

Vorhaben

Entschließungsantrag

Zeitplan

Januar 2024

▪ Düngegesetz

Das Düngegesetz muss an drei wesentlichen Punkten geändert werden:

- 1) Umsetzung der EU-Düngeprodukteverordnung)
- 2) Änderung von § 11a Düngegesetz zur Erweiterung des Geltungsbereichs der Stoffstrombilanzverordnung
- 3) Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Wirkungsmonitoring zur Düngeverordnung (DüV)

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Ernährungsstrategie der Bundesregierung**

In Umsetzung des Koalitionsvertrages soll mit den Akteuren bis 2023 eine Ernährungsstrategie beschlossen werden, um eine gesunde Umgebung für Ernährung und Bewegung zu schaffen.

Vorhaben
Strategie

Zeitplan
Kabinett Februar/März 2024

- **Höhere Attraktivität der Öko-Regelungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**

Damit 2024 mehr Öko-Regelungen in Anspruch genommen werden, werden Prämien erhöht und die Anforderungen vereinfacht. Ziel aller Anpassungen ist es, die Attraktivität der jeweiligen Öko-Regelungen für die Folgejahre zu erhöhen und somit die Landwirt:innen für ihre Umweltleistungen zu honorieren.

Vorhaben
Gesetz

Zeitplan
7. Februar 2024: Kabinett
April 2024: Bundestag, 1. Lesung

- **Änderung des Tierschutzgesetzes**

Mit der Änderung des Tierschutzgesetzes sollen Rechts- und Vollzugslücken im Bereich des Tierschutzes geschlossen und die bestehenden tierschutzrechtlichen Regelungen an aktuelle wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse angepasst werden. Ziel ist es, den Tierschutz bei der Haltung und Nutzung von Tieren umfassend zu stärken.

Vorhaben
Gesetz
Fachgespräch
Veranstaltung

Zeitplan
27. März 2024: Kabinett
Juni 2024: Bundestag, 1. Lesung

- **Neuordnung des Bundeswaldgesetzes**

Eine Neuordnung des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) ist erforderlich, um zentrale waldpolitische Herausforderungen (u.a. Klima- und Biodiversitätskrise) angemessen zu adressieren, die Rahmenbedingungen für die Erhaltung der Wälder, ihrer Schutzgüter und vielfältigen, gesellschaftlich unverzichtbaren Ökosystemleistungen neu zu setzen und die Risikovorsorge der Forstbetriebe und sowie das behördliche Krisenmanagement zu verbessern.

Vorhaben
Gesetz
Fachgespräch
Veranstaltung

Zeitplan
27. März 2024: Kabinett
Juni 2024: Bundestag, 1. Lesung

- **Zukunftsfähige Fischerei in Deutschland**

Begleitend zur geplanten Zukunftskommission Fischerei als Verabredung aus dem Koalitionsvertrag, werden die Ampelfraktionen einen Antrag erarbeiten, mit dem Ziel, Perspektiven und Maßnahmen für die Branche einzufordern, die eine ökologisch wie ökonomisch nachhaltige Fischerei ermöglichen.

Vorhaben

Antrag
Positionspapier
▪ Veranstaltung

Zeitplan

1. Quartal 2024

- **Glyphosat**

Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung muss der EU-Genehmigung für weitere zehn Jahre Zulassung angepasst werden.

Vorhaben

Fachgespräch

Zeitplan

Mai 2024: Kabinett

- **Tierhaltungskennzeichnungsgesetz**

Mit der ersten Änderung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (TierHaltKennzG) sollen sowohl Ferkel und Sauen als auch u.a. Außer Haus-Verpflegung und verarbeitete Produkte in den Geltungsbereich des Gesetzes aufgenommen werden.

Vorhaben

Gesetz
Fachgespräch

Zeitplan

1. Halbjahr 2024: Kabinett

- **Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt**

Rund 15 Prozent der Drei- bis Siebzehnjährigen in Deutschland sind übergewichtig, darunter knapp sechs Prozent adipös. Für viele Kinder ist das eine erhebliche psychische und physische Belastung; Folgeerkrankungen drohen. Ernährungspräferenzen werden im Kindesalter ganz besonders geprägt. Das Ernährungsverhalten von Kindern wird maßgeblich von Werbung geprägt, welche mit dem Gesetz zum Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt (Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz, kurz: KLWG) reguliert werden soll.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Detlef Müller

AG Verkehr

- **Moderne-Schiene-Gesetz**

Im Gesetz sollen weitere Vorschläge der Beschleunigungskommission Schiene umgesetzt werden, etwa zur Finanzierungsstruktur oder zur Nutzen-Kosten-Untersuchung bei Elektrifizierung und kleinen und mittleren Maßnahmen. Auch sollen gegebenenfalls weitere unterstützende Maßnahmen für die gemeinwohlorientierte Infrastruktursparte InfraGO umgesetzt werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Kabinett

- **Änderung des Regionalisierungsgesetzes**

Die Ministerpräsident:innen und der Bundeskanzler haben sich über die Finanzierung des Deutschlandtickets für 2024 geeinigt. Die Einigung sieht unter anderem eine Übertragung der 2023 nicht genutzten Mittel für das Deutschlandticket für 2024 vor, die im Regionalisierungsgesetz umgesetzt werden muss.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Logistikkonferenz**

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren einen besonderen Fokus auf die Logistik gerichtet und damit verbunden u.a. einen Schwerpunkt auf die Sanierung von bestehender Verkehrsinfrastruktur gesetzt. Bei einer verkehrsträgerübergreifenden Veranstaltung soll mit Expert:innen und Praktiker:innen über Herausforderungen etwa in den Bereichen Fachkräfte, Transformation und Infrastruktur diskutiert werden.

Vorhaben

Fraktionsveranstaltung

Zeitplan

22. April 2024

- **Novelle des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes**

Weitere Änderung des Gesetzes zur vollständigen Umsetzung der Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom März 2023. Ab 2030 sollen ausschließlich bilanziell emissionsfreie Fahrzeuge von der öffentlichen Hand beschafft werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Kabinett

- **Gesetz zum Verbot des Betriebs lauter Güterwagen (Schienenlärmschutzgesetz)**

Zur Reduktion der gesundheitlichen Gefährdungen durch Schienenverkehrslärm soll mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine EU-Verordnung zur Einführung des Lärmschutzkonzepts so genannter „leiserer Strecken“ umgesetzt werden. Dieses Konzept soll ab dem 8. Dezember 2024 in den Mitgliedstaaten implementiert werden, wobei dieses Datum an den periodischen Netzfahrplanwechsel anzupassen ist. Dieser wird in Deutschland mit Ablauf des 14. Dezember 2024 vollzogen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Kabinett

- **Neuregelung der Vollstreckung von Fahrverboten und Entziehungen der Fahrerlaubnis**

Umsetzung von EU-weiten-Regelungen und Anpassungen an aktuelle Rechtsprechungen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

AG Digitales

- **Digitale-Dienste-Gesetz (Digital Service Act – DSA)**

Mit der Umsetzung des DSA – dem „Grundgesetz des Internet“ – wird es eine grundlegende Überarbeitung des nationalen Rechtsrahmens, insbesondere mit Blick auf das Telemediengesetz (TMG) und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, geben, und es werden viele Regelungen aufgehoben, da sie Eingang in den DSA gefunden haben.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	Januar 2024: Beginn parlamentarisches Verfahren

- **TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz**

Umsetzung der Maßnahmen aus der Gigabitstrategie (Beschleunigung Netzausbau, Bürokratieabbau).

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024

- **Änderungen des Telekommunikationsgesetzes (und ggfs. der TK-Mindestverordnung)**

Umsetzung der Vorhaben der Gigabitstrategie (Gigabit-Grundbuch, rechtssichere Datenerhebung und -bereitstellung) und ggfs. Konkretisierung der TK-Mindestversorgung.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz und TTDSG-Verordnung**

Festschreibung der Vorgaben für ein rechtssicheres, nutzerfreundliches und wettbewerbskonformes Verfahren zur Einwilligung im Speichern und Abrufen von Informationen (z.B. Cookies). Klarstellungen im Bereich der Aufsicht im Gesetz sowie Recht auf Verschlüsselung.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Gesetz über den Deutschen Wetterdienst**

Errichtung eines Naturgefahrenportals im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Warn- und Informationsprozesses für Wetter und Klima.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Mobilitätsdatengesetz**

Mobilitätsdaten bilden die Grundlage für das Verkehrssystem der Zukunft. Das Mobilitätsdatengesetz soll Lücken in aktuell geltenden Datenbereitstellungspflichten schließen, die Datennutzung unter Wahrung der Schutzrechte ermöglichen und eine bessere Datenqualität incentivieren.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	Ende 2024

- **Internationale Digitalstrategie**

Vorhaben	Zeitplan
Strategie	offen

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Achim Post

AG Haushalt▪ **Bundeshaushalt 2024**

Abschluss der Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 unter Berücksichtigung der jüngsten HH-Einigung in der Bundesregierung zur Umsetzung des KTF-Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

18. Januar 2024: Bereinigungssitzung

2. Februar 2024: Abschluss Bundestag und Bundesrat

AG Finanzen▪ **Jahressteuergesetz 2024**

Mit dem Jahressteuergesetz sollen verbliebene Vorhaben des Koalitionsvertrages, wie die Abschaffung der Lohnsteuerklassenkombination III/V zugunsten IV/IV mit Faktor, umgesetzt werden. Außerdem wird das Gesetz rechtstechnische Anpassungen und die Umsetzung höchstrichterlicher Rechtsprechung enthalten.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

▪ **MLI-Anwendungsgesetz**

Mit dem Gesetz sollen die Inhalte des Mehrseitigen Übereinkommens vom 24. November 2016 zur Umsetzung der Maßnahmen gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS-MLI) unter Berücksichtigung der beiderseitigen Auswahlentscheidungen der Vertragsstaaten für die erfassten Doppelbesteuerungsabkommen konkretisiert werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

▪ **Finanzmarktdigitalisierungsgesetz**

Das Finanzmarktdigitalisierungsgesetz setzt die EU-Strategie für ein digitales Finanzwesen auf nationaler Ebene um. Mit dem Gesetz wird ein umfassendes Rahmenwerk für Primär- sowie Sekundärmärkte für Kryptowerte geschaffen.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

▪ Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz

Das Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz soll die Geldwäschebekämpfung in Deutschland nachhaltig verbessern und hierzu eine Bundesoberbehörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität errichten, welche in einem ganzheitlichen Ansatz Analyse, straf- und verwaltungsrechtliche Ermittlungen und Aufsicht unter einem Dach zusammenführt.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

23. Februar 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

AG Angelegenheiten der Europäischen Union

▪ Institutionelle Reformen der Europäischen Union

Das Europäische Parlament hat Ende 2023 einen detaillierten Entwurf für Vertragsveränderungen verabschiedet, die im von ihm beantragten Konvent beraten werden sollen.

Positionierung in einem Antrag zu den Änderungsvorschlägen und zum weiteren Verfahren bzw. Fahrplan für Reformen der EU.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

1./2. Quartal 2024

▪ Fortentwicklung des Erweiterungsprozesses der EU

Seit Ende 2023 sind EU-Beitrittsverhandlungen mit jetzt sieben Staaten eröffnet. Angesichts der bisher langwierigen Verhandlungsdauer ist eine Reform des Erweiterungsprozesses angezeigt und für die Ländern sind zudem spürbare Zwischenschritte zur Heranführung und Teilintegration notwendig.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

2. Quartal 2024

▪ Aufnahme von Beitrittsverhandlungen

Die EU-Kommission hat im Erweiterungspaket 2023, neben der Ukraine und Moldau, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Bosnien-Herzegowina empfohlen. Sobald die Befassung des Rates bzw. des Europäischen Rates mit der Entscheidung zu Bosnien-Herzegowina ansteht, wird der Bundestag Stellung nehmen.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

1./2. Quartal 2024

- **Reform des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG)**

Mit Urteil vom 26. Oktober 2022 hat das Bundesverfassungsgericht die Pflicht der Bundesregierung festgestellt, den Bundestag auch im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik grundsätzlich ebenso umfassend zu unterrichten wie in den übrigen EU-Politikbereichen. Damit sind die bisherigen Sonderregelungen im EUZBBG unzutreffend, weshalb es novelliert werden muss.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Sönke Rix

AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- **Demokratiefördergesetz (DFördG)**

Längerfristige Förderung von Maßnahmen für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander.

Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir eine Grundlage dafür, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung, politischer Bildung und Prävention ergreifen und Projekte längerfristig finanzieren darf. Das soll die Arbeit vieler Vereine und Verbände unterstützen, die sich für eine demokratische Gesellschaft und ein gutes Miteinander einsetzen.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Familienstartzeit-Gesetz**

Einführung einer Partner:innenfreistellung mit Lohnfortzahlung in den ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes

Mütter sollen direkt nach der Geburt von Partner:innen unterstützt werden können. Damit wollen wir frühzeitig ein Angebot für eine partnerschaftliche Aufgabenteilung eröffnen. Das entspricht den Wünschen von Eltern und wird einem gewandelten gesellschaftlichen Familienbild gerecht.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Halbjahr 2024

- **UBSKM-Gesetz**

Stärkung der Strukturen bei der Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder

Das Amt des/der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), der Betroffenenrat und die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs sollen gestärkt werden. Mit einer Berichtspflicht gegenüber dem Parlament sollen einerseits die positiven Entwicklungen in Bund und Ländern aufgezeigt, andererseits aber auch Defizite oder Missstände klar benannt werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Halbjahr 2024

- **Selbstbestimmungsgesetz**

Selbstbestimmung in Bezug auf den standesamtlichen Geschlechtseintrag

Die Regelungen zur Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen sollen bei Auseinanderfallen des Geschlechtseintrags und der Geschlechtsidentität vereinheitlicht und entbürokratisiert werden. Damit soll die gesellschaftliche Teilhabe für transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen erleichtert werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Zweites Gesetz zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes**

Sicherstellung eines bundeseinheitlichen Umgangs mit sogenannten „Gehsteigbelästigungen“

Gewährleistung einer ungehinderten Inanspruchnahme der Schwangerschaftskonfliktberatung sowie des ungehinderten Zugangs zu Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Künftig soll es verboten sein, Schwangere zu belästigen, sowie das Personal in Beratungsstellen und Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche zu behindern.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Halbjahr 2024

- **Freiwilligendienst-Teilzeitgesetz**

Erweiterung der Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im Bundesfreiwilligendienst

Personen unter 27 Jahren sollen Freiwilligendienste auch ohne ein berechtigtes Interesse in Teilzeit absolvieren können.

Anhebung der Obergrenze für ein angemessenes Taschengeld für Freiwilligendienstleistende.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

Bundestag: 1. Quartal 2024

▪ **Gesetz zur Einführung einer Kindergrundsicherung**

Kinder vor Armut schützen, Familienförderung einfach ausgestalten

Die Kindergrundsicherung soll bestehende finanziellen Leistungen (Kindergeld, Kinderzuschlag, Leistungen für Kinder und Jugendliche im Bürgergeld und der Sozialhilfe sowie Teile des Bildungs- und Teilhabepakets) bündeln. Ziel ist es, mehr Familien und Kinder zu erreichen und auch verdeckte Armut zu bekämpfen. Familien sollen von Bürokratie entlastet werden, indem Leistungen einfacher und digital beantragt werden können.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

AG Bildung und Forschung

▪ **Startchancen-Programm**

Mit dem Startchancen-Programm wollen wir Kindern bessere Bildung unabhängig von ihrer Herkunft ermöglichen. Hierzu wollen wir in eine zeitgemäße Lernumgebung, Schulsozialarbeiter:innen und ein Chancenbudget an Schulen investieren. Das Programm soll rund 4.000 Schulen erreichen und für bessere Bildungschancen in Deutschland sorgen.

Vorhaben

Gesetz

Antrag

Zeitplan

1. Quartal 2024: Kabinett

2. Quartal 2024: Bundestag, 1. Lesung

▪ **Berufliche Bildung**

Die duale Ausbildung ist ein Rückgrat für die Fachkräftegewinnung und ein Integrationsmotor für unsere Gesellschaft. Der Antrag flankiert deshalb die Arbeit der Bundesregierung zur Stärkung der dualen Ausbildung in Deutschland. Denn den Weg junger Menschen ins Berufsleben gilt es engagiert zu unterstützen.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

1. Quartal 2024: Bundestag, 1. Lesung

▪ **BBiG-Novelle**

Mit der Reform des Berufsbildungsgesetzes soll die digitale und medienbruchfreie Kommunikation rund um die duale Ausbildung verbessert werden. Des Weiteren hat die Reform das Ziel, die Validierung informeller Kompetenzen voranzutreiben, damit Arbeitnehmer:innen ihre Beschäftigungssicherheit erhöhen können.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Kabinett
2. Quartal 2024: Bundestag, 1. Lesung

▪ **Aufstiegs-BAföG**

Mit dem BAföG für berufliche Aufstiegsfortbildungen zu Techniker:innen, Meister:innen, Fachwirt:innen oder Erzieher:innen werden jährlich rund 180.000 Arbeitnehmer:innen gefördert. Mit der anstehenden Novelle sollen die Leistungen weiter verbessert und modernisiert werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

2. Quartal 2024: Kabinett
3. Quartal 2024: Bundestag, 1. Lesung

▪ **BAföG**

Mit einer Strukturreform nehmen wir strukturelle Verbesserungen im BAföG vor, wie z.B. ein Mechanismus für regelmäßige Anpassungen bei Bedarfssätzen und Freibeträgen oder eine Ausweitung der Förderhöchstdauer. Hinzu kommt eine Erhöhung des Grundbedarfs als Inflationsausgleich und Anpassung ans Bürgergeld. Die Reform soll zum Wintersemester bzw. Schuljahr 2024/25 wirksam werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Kabinett
2. Quartal 2024: Bundestag, 1. Lesung

▪ **Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)**

Mit der Novelle des WissZeitVG soll die Planbarkeit und Verbindlichkeit für Karrieren in der Wissenschaft verbessert werden. Dazu zählen insbesondere Mindestvertragslaufzeiten, verbindlichere Schutzrechte für Betreuung von Kindern und Angehörigen, eine Öffnung der Tarifsperre sowie eine Anschlusszusage für die Perspektive einer Dauerstelle. Damit wollen wir das Wissenschaftssystem attraktiver machen.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Kabinett
1. Quartal 2024: Bundestag, 1. Lesung

- **DATI (Deutsche Agentur für Transfer und Innovation)**

Im Rahmen einer Gründungskommission wird entschieden werden, wie die Förderpolitik der DATI gestaltet, wie die personelle Führung gefunden und wo der Standort liegen soll. Nach Abschluss der Arbeit der Gründungskommission kann die DATI als neue Institution gegründet werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gründung der Agentur	2. Quartal 2024

- **Wissenschaftskommunikation**

Eine der Lehren aus der Corona-Pandemie ist, dass die Kommunikation wissenschaftlicher Inhalte verbesserungsfähig ist. Dies soll programmatisch mit einem Antrag gestützt werden, damit das Bundesministerium für Bildung und Forschung für sein Handeln in diesem Feld einen parlamentarisch getragenen Rahmen erhält.

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	1. Quartal 2024: Bundestag, 1. Lesung

- **Forschungsdatengesetz**

Das Potential von erhobenen Daten soll besser für Forschungszwecke genutzt werden. Dies schließt Fragen des rechtssicheren Zugangs zu Daten ebenso ein wie den Datenschutz. Ziel ist es, Regelungen zu schaffen, die mit den Vorhaben im Gesundheitsbereich und bei der Regelung von Reallaboren passgenau sind.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	3. Quartal 2024: Bundestag, 1. Lesung

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt

AG Arbeit und Soziales

- **36. Konferenz für die Interessenvertretungen der Beschäftigten**

Thema in Vorbereitung

Vorhaben	Zeitplan
Veranstaltung	Frühjahr 2024

- **Rentenpaket II**

Mit dem Rentenpaket II werden zwei Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt: Zum einen die langfristige Verlängerung des Mindestsicherungsniveaus von 48 Prozent in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie zum anderen der Aufbau eines Generationenkapitals in dieser Rentensäule.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Tariftreuegesetz**

Zur Stärkung der Tarifbindung wird die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines in der Branche repräsentativen Tarifvertrags gebunden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Beschäftigtendatengesetz**

Es soll der zunehmenden Bedeutung des Umgangs mit Daten der Beschäftigten in einer digitalen Arbeitswelt Rechnung getragen werden, indem Regelungen für den Einsatz neuer Technologien, wie etwa Künstliche Intelligenz, Regelungen zu Datenverarbeitungen in der Bewerbungsphase sowie klare Vorgaben für Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen gesetzt werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Arbeitszeitgesetz**

Das Arbeitszeitgesetz soll die pragmatische und nutzungsfreundliche Umsetzung der Rechtsprechung von Europäischem Gerichtshof und Bundesarbeitsgericht ermöglichen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Produktsicherheitsgesetz**

Das Produktsicherheitsgesetz soll an die europäische Produktsicherheitsverordnung angepasst werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Paketzustellungsverordnung**

Die Verordnung dient dem Schutz für Beschäftigte in der Paketbranche, die Pakete in der letzten Meile transportieren und an den Endkunden bzw. eine Packstation zustellen.

Vorhaben	Zeitplan
Verordnung	1. Halbjahr 2024

- **Gefahrstoffverordnung**

Mit der geplanten Änderung der GefStoffV sollen schwerpunktmäßig Regelungen zu krebserzeugenden Gefahrstoffen aktualisiert werden.

Vorhaben	Zeitplan
Verordnung	1. Halbjahr 2024

- **ILO 155 (Arbeitsschutz)**

Es sollen gemeinsam mit der ILO Arbeitsschutzstandards gestärkt werden. Das ILO-Übereinkommen Nr. 155 über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt ist eine Kernarbeitsnorm. Es soll daher eine Ratifikation des ILO Übereinkommens Nr. 155 erfolgen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

AG Gesundheit

- **Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz)**

Geplant ist der Aufbau eines Krankenhaustransparenzverzeichnisses zur besseren Information der Patient:innen über Leistungen und Qualität der Krankenhäuser. Zudem soll die Liquidität der Krankenhäuser durch schnellere Refinanzierung von Tarifsteigerungen, Erhöhung des Pflegeentgeltwertes von 230 auf 250 Euro pro Tag und den schnelleren Ausgleich von noch nicht finanzierten Pflegekosten verbessert werden. Der Umfang der Liquiditätsverbesserung beträgt insgesamt rund sechs Milliarden Euro.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

- **Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG)**

Wir leiten einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik ein und erkennen damit ausdrücklich die gesellschaftliche Realität an. Nach dem Scheitern der Verbotspolitik machen wir daher den Gesundheitsschutz zum Maßstab unserer neuen Cannabispolitik. Der private Anbau zum Eigenkonsum und der gemeinschaftliche Eigenanbau und die Weitergabe von Cannabis in Anbauvereinen an Erwachsene zum Eigenkonsum wird erlaubt. Für Jugendliche unter 18 Jahren bleibt der Konsum strikt verboten. Dealer, die Cannabis an Kinder und Jugendliche abgeben, werden künftig noch rigoros verfolgt und bestraft. Ihnen droht zukünftig eine Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren. Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität stärken wird zudem verdeckte Ermittlungsmaßnahmen.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

Januar 2024: 2./ 3. Lesung Bundestag

- **Krankenhausreform**

Die Reform der Krankenhausfinanzierung verfolgt im Wesentlichen drei Ziele: Entökonomisierung, Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität sowie Entbürokratisierung.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Referentenentwurf

▪ Reform der Notfallversorgung

Die Regierungskommission hat am 13. März 2023 eine Stellungnahme zur Reform der Notfall- und Akutversorgung und am 7. September 2023 zum Rettungsdienst vorgelegt. Ziel ist der flächendeckende Aufbau von integrierten Notfallzentren (INZ) sowie integrierten Leitstellen (ILS), einheitliche Vorgaben zu Organisation, Leistungsumfang, Qualität und Bezahlung des Rettungsdienstes.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Referentenentwurf

▪ Reform der Physiotherapie

Geplant ist eine Teilakademisierung des Berufsfelds durch Implementation eines fachschulischen und eines hochschulischen Berufs in der Physiotherapie mit jeweils spezifischen Kompetenzen.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Halbjahr 2024: Referentenentwurf

▪ Bürokratieentlastungsgesetz

Aufbauend auf Empfehlungen vom 30. September 2023 gem. 220 Abs. 4 SGB V zum Bürokratieabbau wird ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Halbjahr 2024: Referentenentwurf

▪ Lebendorganspende (TPG-Reform)

Vorgesehen ist eine Erweiterung des Empfänger:innen-Spenderkreis für Nierenlebendspende sowie eine Stärkung des Spender:innen-Schutzes.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Referentenentwurf

▪ Medizinische Register-Gesetz

Geplant ist ein einheitlicher Rechtsrahmen für ca. 350 medizinische Register; Prototyp: Registerdatenbank BGQ/TMF; Zentralstelle für medizinische Register (ZMR); Auditierungsmöglichkeiten; bundesweite Datenverarbeitung.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Referentenentwurf

- **Medizinforschungsgesetz**

Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für klinische Studien und Vereinfachung von Arzneimittelzulassungen zur Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Referentenentwurf

- **Reform öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)**

Vorgesehen ist eine Weiterentwicklung des Pakts für den ÖGD und der Aufbau eines Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024: Referentenentwurf

- **Herz-Kreislauf-Erkrankungen**

Ziel ist eine bessere Vorsorge und Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie gezielte Interventionen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Referentenentwurf

- **Versorgungsgesetz I**

Ziel des Gesetzes ist die Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune durch die Etablierung von Gesundheitskiosken, Gesundheitszentren/Primärversorgungszentren sowie Gesundheitsregionen. Zudem sind u.a. Erleichterungen für die Gründung von kommunalen Medizinischen Versorgungszentren, eine G-BA-Reform (Beteiligung Pflege/Patienten) sowie die Stärkung der Krankenhausqualitätstransparenz und eine Regelung der Länderbeteiligung in den Zulassungsausschüssen vorgesehen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

▪ Versorgungsgesetz II

Vorgesehen ist die Verbesserung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung und Anpassungen der Fristen für die Übermittlung von Abrechnungsdaten. Zudem sind weitere Regelungen vorgesehen: zum Direktzugang von Heilmittelerbringern, zur künstlichen Befruchtung und Kryokonservierung, zur Sprachmittlung und Direktabrechnung für Kinder und Jugendliche in der privaten Krankenversicherung. Zudem soll es für im Krankenhaus tätige Hebammen möglich werden, auch ambulant tätig zu werden. Darüber hinaus sollen Regelungen zu medizinischen Versorgungszentren (MVZ) weiterentwickelt werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

▪ Gesundheitssicherstellungsgesetz

Zur Pandemieprävention werden eine effiziente und dezentrale Bevorratung von Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige Ernstfallübungen für Zivilschutz-Personal geregelt.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024: Eckpunkte

▪ Patientenrechtegesetz

Die Stellung der Patient:innen bei Behandlungsfehlern im bestehenden Haftungssystem wird gestärkt und ein Härtefallfonds mit gedeckelten Ansprüchen eingeführt.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024: Referentenentwurf

▪ Pflegekompetenzgesetz

Ziel ist, die Kompetenzen des Pflegeberufs zu stärken.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024: Referentenentwurf

▪ Reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin

Die Regierungskommission hat sich am 31. März 2023 konstituiert. Während AG 1 prüft, ob und wie der Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches geregelt werden kann, prüft AG 2, ob und wie die Eizellspende und die altruistische Leihmutterchaft legalisiert werden können.

Vorhaben	Zeitplan
Regierungskommission Gesetz	April 2024: Abschlussbericht

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dirk Wiese

AG Inneres

- **Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes (BPolG)**

Das BPolG wird nach 1994 erstmals wieder umfassender überarbeitet. Damit wird die Sicherheitsüberprüfung bei einer Beschäftigung für die Bundespolizei auf weitere Personengruppen ausgeweitet. Zudem ist die Einführung einer Legitimations- und Kennzeichnungspflicht geplant.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

20.12.2023: Kabinett

02.02.2024: Bundesrat, 1. Durchgang

- **Waffenrecht**

Änderungen im Waffenrecht, u.a. Verhinderung des Waffenerwerbs durch psychisch Kranke.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

- **Periodischer Sicherheitsbericht**

Mit dem Gesetz wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, um eine regelmäßige Erstellung des Sicherheitsberichts zu gewährleisten.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

- **Kritis-Dachgesetz**

Mit dem KRITIS-Dachgesetz wird zum einen eine Forderung des Koalitionsvertrages, zum anderen EU-Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (CER-Richtlinie) bis zum 17. Oktober 2024 in nationales Recht umgesetzt. Ziel ist der physische Schutz unserer kritischen Infrastrukturen.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Halbjahr 2024

▪ Reform des Rechts der Nachrichtendienste

Nach der Reform der Übermittlungsvorschriften sollen weitere Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zur Reform des Nachrichtendienstrechts umgesetzt werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetze	1. Halbjahr 2024

▪ Sicherheitsgewerbegesetz

Die Regelungen über das so genannte Bewachergewerbe sollen in ein eigenständiges Gesetz überführt und überarbeitet werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

▪ Änderung des Grundgesetzes

Es sollen folgende Änderungen des Grundgesetzes vorgenommen werden:

- Aufnahme Staatszielbestimmung: Kultur und Sport
- Wahlalter bei Bundestagswahlen ab 16 Jahren
- Ausbau des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Zentralstelle im Bund Länder Verhältnis
- Möglichkeit aktive Cyberabwehr
- Verwaltungsdigitalisierung

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

▪ Amtsangemessene Alimentation (Bundesbesoldungs- und versorgungsangemessenheitsgesetz (BBVAngGE))

Mit dem GE soll der vom BVerfG 2020 geforderte, durch das Alimentationsprinzip gebotene Mindestabstand zwischen der untersten Besoldungsgruppe und dem Grundsicherungsniveau wiederhergestellt werden durch

- teilweise Anhebung der Grundgehälter im einfachen und mittleren Dienst;
- Anhebung der Beihilfebemessungssätze für beihilfeberechtigten Angehörige und Kinder;
- Einführung des sog. alimentativen Ergänzungszuschlag (AEZ), der sich u.a. an Mietenstufen orientiert;
- Reform des Familienzuschlags

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	31. Januar 2024: Kabinett

- **Partizipationsgesetz**

Mit dem Gesetz soll die Partizipation der Einwanderungsgesellschaft gestärkt werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Ruhebezüge des Bundespräsidenten**

Bisher werden die Ruhebezüge ehemaliger Bundespräsidenten nur bei Einkommen und Ruhegehalt aus dem öffentlichen Dienst gekürzt. Mit dem Gesetz soll geregelt werden, dass zukünftig auch Einkommen aus einem privatwirtschaftlichen Anstellungsverhältnis oder aus selbständiger Tätigkeit angerechnet wird.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Neuregelung des Beurteilungswesens im Beamtenrecht und Regelung der Lehrverpflichtungen an Hochschulen (Gesetz über die Lehrverpflichtung des hauptberuflich wissenschaftlichen Personals an Hochschulen des Bundes und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften)**

Die Vorgaben für die Erstellung dienstlicher Beurteilungen und die Festlegung der Lehrverpflichtung an Hochschulen sollen zukünftig gesetzlich geregelt werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	13.12.2023: Kabinett 02.02.2024: Bundesrat, 1. Durchgang

- **Ausbau des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis**

Das BSI soll – vergleichbar dem BKA und dem BfV – zu einer Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis ausgebaut werden, damit eine auf Dauer angelegte Form der Kooperation ermöglicht wird. So könnte der Informationsaustausch in der Cyber- und Informationssicherheit und damit auch die Qualität der Lagebilder verbessert werden. Zugleich würde es dem Bund möglich, hochspezialisierte Expertise zentral vorzuhalten und diese den Ländern für die Erfüllung ihrer Aufgaben auch dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Entwurf eines Registerzensusgesetzes**

Der Registerzensus wird häufigere, aktuellere und regional tiefer untergliederte Ergebnisse sowie ab 2025 jährlich die Übermittlung geokodierter Bevölkerungszahlen ermöglichen. Durch den Registerzensus werden diese Anforderungen kostengünstig, digital und belastungsarm erfüllt, da er auf ein rein registerbasiertes Verfahren ohne zusätzliche Befragungen setzt.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Gesetz zur Einführung eines Gebäude- und Wohnungsregisters**

Ein Gebäude- und Wohnungsregister soll als Basisregister behördenübergreifend Immobiliendaten bereitstellen und damit eine Lücke in der Registerlandschaft schließen. Damit kann ein solches Register vielfältige Nutzungszwecke erfüllen, u. a. im Bereich der Statistik (Wegfall der Gebäude- und Wohnungszählung), der Wohnungspolitik und bei Klimaschutzfragen. Wie in der OK-Bekämpfungsstrategie des BMI (Strategie zur Bekämpfung der Schweren und Organisierten Kriminalität) dargelegt, soll es auch die Zuordnung von Vermögenswerten erleichtern, die auf organisierter Kriminalität beruhen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes**

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, Vereinbarungen des Koalitionsvertrags (Institutionalisierung der Datenschutzkonferenz und – wo möglich – Ermöglichung rechtlich verbindlicher Beschlüsse) aufzugreifen sowie Ergebnisse umzusetzen, die sich aus der Evaluierung des Gesetzes ergeben haben.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **ZITIS-Gesetz**

In Umsetzung des Koalitionsvertrags wird eine gesetzliche Grundlage für die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITIS) geschaffen. Rechtliche Grundlage ist bisher ein Errichtungserlass des BMI aus 2017.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz**

Die NIS-2-Richtlinie ersetzt die sog. NIS-Richtlinie, mit der u.a. ein einheitlicher Rahmen für die Identifizierung von Betreibern wesentlicher Dienste – Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) nach dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) im deutschen Recht – sowie für diese verpflichtende Sicherheitsmaßnahmen und Meldepflichten geschaffen wurden. Die NIS-2-Richtlinie ist am 16. Januar 2023 in Kraft getreten, die Umsetzungsfrist endet am 17. Oktober 2024.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **3. Gesetz zur Änderung des Bundesmeldegesetzes**

Mit dem GE sollen gefährdete Personen besser vor Anfeindungen oder sonstigen Angriffen, die nach Bekanntwerden der Wohnanschrift aufgrund der Erteilung von Melderegisterauskünften erfolgen können, geschützt werden. Außerdem sollen bestimmte melderechtliche Abläufe und einzelne Regelungen weiter verbessert und an geänderte Gegebenheiten angepasst werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Veranstaltung/Konferenz zu Migrationsabkommen**

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Migrationsabkommen

Vorhaben	Zeitplan
Veranstaltung	1. Quartal 2024

AG Recht

- **Digitalisierung der Verfahren beim Bundesverfassungsgericht**

Umfassende Digitalisierung der Verfahren, insbesondere des elektronischen Rechtsverkehrs.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	Januar/Februar 2024

- **Reform der Regelungen zur Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung in der Strafprozessordnung**

Anpassung der Regelungen an die Rechtsprechung des BVerfG und die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Quick-Freeze/IP-Speicherung**

Anpassung der Regelungen an die Rechtsprechung des EuGHs und die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Digitale-Gewalt-Schutzgesetz**

Einführung von gerichtlichen Verfahren für Account-Sperren in sozialen Netzwerken bei wiederholten oder andauernden Rechtsverletzungen seitens eines Accounts und Verbesserungen der Auskunftsrechte von Betroffenen digitaler Gewalt.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Recht auf Reparatur**

Verschiedene Änderungen im Zivilrecht und anderen Rechtsgebieten, um die Reparierbarkeit von technischen und anderen Geräten vertragsrechtlich und tatsächlich zu verbessern.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Kapitalanlagenmusterverfahrensgesetz (KapMuG)**

Das KapMuG muss reformiert werden und läuft im August 2024 aus. Es regelt Musterverfahren bei gerichtlichen Streitigkeiten im Kapitalanlagenrecht, damit möglichst viele Anleger von gerichtlichen Entscheidungen profitieren können und die Belastung der Justiz in Massenfällen gemindert wird.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024 zwingend

- **Verfassungstreue Schöff:innen in der Justiz**

Mit der Änderung soll sichergestellt werden, dass Schöff:innen im Justizdienst verfassungstreu sind. Sofern das nicht der Fall ist, können sie aus dem Dienst leichter entfernt werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Virtuelle Versammlungen in rechtsberatenden Berufskammern**

Digitalisierung der Versammlungen der verkammerten Berufsstände.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024

- **Leitentscheidungen durch den Bundesgerichtshof (BGH)**

Neue Verfahrensform für den BGH, der so geeignete Revisionsverfahren „an sich ziehen“ kann und strittige Rechtsfragen von übergeordnetem Interesse ohne Rechtsbindung beantworten kann.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Einführung von spezialisierten Handelskammern mit internationalem Bezug („Commercial Courts“)**

Änderung der Verfahrensordnung, damit Länder entsprechende Commercial Courts einrichten können. Verfahren sollen durchgängig in englischer Sprache geführt werden können.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Gesetz zur Bürokratieentlastung**

Bunter Strauß an Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft, wobei geschaut wird, wo und welche Prozesse vereinfacht und digitalisiert werden können.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz**

Änderungen, damit Verfahren schrittweise digitalisiert werden können: Hybridaktenführung, elektronische Übermittlung von Scans, Vergütungsberechnungen etc.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Modernisierung des Strafrechts**

Das materielle Strafrecht soll überarbeitet werden, um historisch überholte Straftatbestände abzuschaffen und die Justiz zu entlasten, insbesondere zur Entkriminalisierung des so genannten Schwarzfahrens.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Referentenentwurf

- **Verschärfung der Regelungen zur Abgeordnetenbestechung**

Die Ausnutzung des Mandats soll auch außerhalb der engen Wahrnehmung der Aufgaben im Parlament unter Strafe gestellt werden. Dadurch sollen insbesondere Fälle wie die sogenannten Maskendeals künftig strafbar sein.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Fortentwicklung des Völkerstrafrechts**

Es sollen zum einen Strafbarkeitslücken mit Blick auf sexualisierte Gewalt und des zwangsweisen Verschwindenlassens geschlossen werden und zum anderen Opferrechte gestärkt und eine bessere Breitenwirksamkeit des Völkerstrafrechts erreicht werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	22. Februar 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Anpassung der Mindeststrafe des § 184b StGB – Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Inhalte**

Die 2021 eingeführte Mindeststrafe von einem Jahr gilt auch bei Verhalten in Grenzbereichen der Strafwürdigkeit, beispielsweise bei Eltern oder Lehrer:innen, die vor Missbrauchsdarstellungen warnen wollen. Diese Fälle binden Ressourcen bei den Strafverfolgungsbehörden, die für die Verfolgung von echten Sexualstraftäter:innen fehlen. Wir wollen deswegen die Mindeststrafe bei dem Tatbestand der Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Inhalte bei Beibehaltung der Höchststrafe von 10 Jahren absenken. Diese Anpassung wird in der Praxis einhellig gefordert, unter anderem von der Innenministerkonferenz, der Justizministerkonferenz, Ländern, Justiz und Anwaltsverbänden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **V-Personen**

Ziel ist, es die Voraussetzungen für den Einsatz von V-Personen, Gewährspersonen und sonstigen Informant:innen aller Sicherheitsbehörden gesetzlich zu regeln und parlamentarisch überprüfbar zu machen. Außerdem soll ein grundsätzliches Verbot der Tatprovokation geregelt werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Schnellere, moderne und effizientere Strafprozesse**

Strafprozesse sollen schneller und effizienter verlaufen. Im Koalitionsvertrag vereinbart ist die Verteidigung von Beschuldigten mit Beginn der ersten Vernehmung, eine Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen in anonymisierter Form und eine Regelung der Verständigung im Strafverfahren.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Referentenentwurf

- **Strafrechtspflegestatistik**

Die Aussagekraft der Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken soll nachhaltig verbessert werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Terrorismusbekämpfung – Umsetzung der Richtlinie EU (2017/541)**

Ziel der Richtlinie ist es, eine Definition für terroristische Straftaten zu schaffen. Zudem soll die Ein- und Rückreise aus Risikogebieten für ausländische terroristische Kämpfer als strafbare Handlung eingestuft werden und die Terrorismusfinanzierung ebenfalls umfassend unter Strafe gestellt werden. Dazu sind kleine Anpassungen der §§ 89a, 89c StGB erforderlich.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Modernisierung des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG)**

Die Reform dient der Stärkung der Verfahrensrechte von Personen, die zu Unrecht Untersuchungs- oder Strafhaft verbüßt haben. Dies soll insbesondere durch unabhängige Unterstützungsstellen bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft erreicht werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Verbandssanktionengesetz**

Ziel ist eine verbindliche Regelung und Verschärfung von Unternehmenssanktionen und eine gesetzliche Regelung von sogenannten internen Untersuchungen („internal investigations“). Gesetzesübertretungen in und von Unternehmen sollen durch die Staatsanwaltschaft verfolgt werden (Legalitätsprinzip) und angemessene, umsatzorientierte Sanktionsrahmen geschaffen werden. Compliance-Maßnahmen sollen gefördert werden und Anreize für interne Untersuchungen in Unternehmen gesetzt werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

- **Namensrechtsreform**

Erleichterte Möglichkeit der Bildung von Doppelnamen für Kinder und Ehegatten

Zulassung von geschlechtsangepassten Formen des Familiennamens, wenn dies der Tradition der Sprache entspricht, aus der der Name stammt

Erleichterte Namensänderung für die sogenannten Scheidungshalbweisen

Rückbenennung ermöglicht für einbenannte Stiefkinder, wenn der Grund für die Einbenennung entfällt.

Aufhebung des Zwangs zur Namensänderung nach einer Erwachsenenadoption

Ggf. Änderung des öffentlichen Namensrechts

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

Januar 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümerversammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen**

Zulassung virtueller Wohnungseigentümerversammlungen

Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten

Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

18.1.2024: Bundestag, 1. Lesung

März 2024: Abschluss

- **Grundgesetzänderungen (Kinderrechte / Sexuelle Identität)**

Wir wollen die Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz verankern und orientieren uns dabei maßgeblich an den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention.

Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz soll um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität ergänzt werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

- **Unterhaltsrechtsreform**

Stärkere Berücksichtigung von Betreuungsanteilen bei der Berechnung des Unterhalts im asymmetrischen Wechselmodell

Gleichstellung von verheirateten und unverheirateten Paaren beim Betreuungsunterhalt

Gesetzliche Verankerung des notwendigen Selbstbehalts

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

- **Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)**

Der Anwendungsbereich des AGG soll ausgeweitet, Schutzlücken geschlossen und der Rechtsschutz verbessert werden.

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

2024: Eckpunkte

- **Mietrechtsreform**

Verlängerung der Mietpreisbremse bis 2029

Absenkung der Kappungsgrenze von 15 auf 11 %

Einführung einer Pflicht für Gemeinden ab 100.000 Einwohnern, qualifizierte Mietspiegel zu erstellen

Verlängerung des Mietspiegelbetrachtungszeitraums von 6 auf 7 Jahre

Erstreckung der Heilungswirkung von Schonfristzahlungen auf ordentliche Kündigungen

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

- **Reform des Abstammungsrechts**

Vorgesehen sind die Einführung der Mitmutterschaft, eine Regelung vorgeburtlicher Rechtsvereinbarungen zur Elternschaft sowie die Absicherung von Dreierkonstellationen in der Elternschaft (z.B. kleines Sorgerecht).

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

1. Quartal 2024: Eckpunkte

▪ Einführung der Verantwortungsgemeinschaft

Das Institut der Verantwortungsgemeinschaft soll eingeführt werden, um zwei oder mehr Erwachsenen rechtliche Verantwortungsübernahme füreinander jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe zu ermöglichen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	offen

AG Petitionen

▪ Reform des parlamentarischen Petitionsrechts

Beschlussfassung der Reform des parlamentarischen Petitionsrechts laut Koalitionsvertrag.

Vorhaben	Zeitplan
Untergesetzliche Neuregelung	1./2. Quartal 2024

AG Sport

▪ Sportfördergesetz

Mit einem Sportfördergesetz werden wir die Zuständigkeiten in der Spitzensportförderung verbindlich regeln. Unter anderem schaffen wir den rechtlichen Rahmen für eine unabhängige Sportagentur, deren Kernaufgabe die Steuerung und Förderung des Spitzensports sein wird. So soll der Spitzensport in Deutschland gestärkt und international wettbewerbsfähiger gemacht werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Kabinett 2. Quartal 2024: Beschluss

▪ Staatsziel Sport

Mit der Aufnahme des Sports ins Grundgesetz geben wir dem Sport die Anerkennung, die er auf Grund seiner gesellschaftlichen Bedeutung verdient. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit über zehn Jahren für Sport als Staatsziel ein. Aus dem Verfassungsrang lassen sich dann Aufgaben ableiten, wie der Bund die sportlich aktiven Menschen und die gesellschaftlichen Strukturen hinter dem Sport fördern kann.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr 2024

- **Zentrum Safe Sport**

Durch das Zentrum Safe Sport schaffen wir eine Anlaufstelle für Opfer von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt im organisierten Sport. Die Vielzahl von Berichten über Missbrauch im Sport zeigt deutlich, dass es für Betroffene vertrauensvolle, schnelle und unbürokratische Hilfe braucht. Mit dem Zentrum für Safe Sport werden zukünftig unter einem Dach Maßnahmen zur Prävention, Intervention, und Aufarbeitung für den Spitzen- und Breitensport angeboten.

Vorhaben	Zeitplan
Fachgespräch	2024 Entwicklungsphase 2025 Startphase

- **Entwicklungsplan Sport „Gesellschaftliche Kraft des Sports nutzen“**

In Umsetzung der Vorgaben des Koalitionsvertrages soll ein Plan zur Entwicklung von Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Kraft des Sports ausgearbeitet werden. Dazu gehören u.a. Partizipation, Inklusion und Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen, die Verbesserung der Bedingungen für das Sporttreiben ab Kindesalter, nachhaltiger und barrierefreier Aus- und Umbau der Sportstätteninfrastruktur und die Förderung des Ehrenamts.

Vorhaben	Zeitplan
Programm	12. März 2024: Präsentation des Entwicklungsplans Sport

- **Sportempfang der SPD-Bundestagsfraktion**

Zum Sportempfang sollen Vertreter:innen, Funktionär:innen und Sportler:innen aus Vereinen in den Wahlkreisen nach Berlin eingeladen werden. Der Empfang soll dem Austausch und der Diskussion über die sportpolitischen Vorhaben der Bundesregierung und die Anliegen der Teilnehmer:innen dienen.

Vorhaben	Zeitplan
Veranstaltung	1. Halbjahr 2024

AG Kultur und Medien

▪ Soziale Lage in Kultur und Medien

Zur Verbesserung der teils prekären sozialen Lage von Kulturschaffenden wird der geplante Antrag u.a. Mindesthonorierungen und eine Öffnung der sozialen Sicherungssysteme gegenüber hybriden, freien, unständigen oder auch nur kurzzeitig bestehenden Beschäftigungsverhältnissen fordern. Weitere Forderungen betreffen mehr Gleichstellung im Kulturbereich, etwa durch Sichtbarmachung und Reduktion des Gender-Pay-Gap sowie paritätisch und divers besetzte Gremien.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

1. Quartal 2024

▪ Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Das geplante Positionspapier bekräftigt die Unverzichtbarkeit eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks und betont seine wichtige Rolle für die Meinungsbildung auf Grundlage unabhängiger und seriöser Quellen. Gleichzeitig benennt es weitere Reformbedarfe, die durch den 3. und 4. Medienänderungsstaatsvertrag noch nicht abgedeckt wurden.

Vorhaben

Positionspapier

Zeitplan

1. Quartal 2024

▪ Restitution von NS-Raubkunst

Der Antrag hat eine Verbesserung der Restitution, also der Rückerstattung, von NS-Raubkunst zum Ziel. Es werden eine Normierung des Auskunftsanspruchs, ein Ausschließen der Verjährung des Herausgabeanspruchs sowie eine Stärkung der „Beratenden Kommission“ gefordert. Zudem soll ein zentraler Gerichtsstand zu diesem Thema erwirkt werden.

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

1. Quartal 2024

▪ Filmförderungsgesetz 2025

In zeitlicher Nähe zu den Festlichkeiten der Berlinale soll eine Veranstaltung mit Gästen aus der Film- und Fernsehbranche die Möglichkeit eines fachlichen Austauschs zum geplanten Filmförderungsgesetz 2025 schaffen.

Vorhaben

Veranstaltung

Zeitplan

1. Quartal 2024

- **Anerkennung der Opfer von NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisation**

Die Anerkennung der genannten Opfergruppen soll damit endlich nachgeholt werden. Der Verbrechenskomplex sowie die Schicksale der Opfer sollen verstärkt aufgearbeitet und die entsprechenden Gedenk- und Bildungsorte gestärkt werden. Hierbei wollen wir eine gute Einbindung der Angehörigen sicherstellen und das Gedenken auch öffentlich sichtbar gestalten.

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	1. Quartal 2024

- **Industriekultur**

Stillgelegte Fabriken und umgenutzte Produktionshallen, Arbeitersiedlungen, Zechen und Bergbaufolgelandschaften prägen das Bild Deutschlands bis heute. Gefordert wird in einem Antrag, dieses industriekulturelle Erbe, das das Leben vieler Generationen geprägt hat, zu erhalten und neu zu nutzen – bspw. als sogenannte Dritte Orte, die Räume für Kulturschaffende und Kreative bieten. Gegenstand des Antrags wird zudem die Gründung einer „Bundesstiftung Industriekultur“ sein.

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	2. Quartal 2024

- **Inklusion in der Kultur**

Umsetzung der Teilhabeempfehlungen

Vorhaben	Zeitplan
Antrag	2. Quartal 2024

Parlamentarischer Geschäftsführer Dr. Johannes Fechner

AG Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

- **Neufassung der GO-BT**

Inhaltliche und strukturelle Überarbeitung der Geschäftsordnung des Bundestages

Vorhaben

Antrag

Zeitplan

Frühjahr 2024: Bundestag, 2./3. Lesung

- **Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen**

Präzisierung der Grenzen der zulässigen Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

Frühjahr 2024: Bundestag, 1. Lesung

- **Parlamentarisches Untersuchungsrecht**

Überarbeitung des parlamentarischen Untersuchungsrechts, insb. Einführung eines Löschmoratoriums

Vorhaben

Gesetz

Zeitplan

offen

Querschnittsthemen

▪ Fahrzeugdaten-Gesetz

Da der europäische Rechtsrahmen (Data Act und der European Mobility Data Space) – anders als erwartet - keine Regelungen zu Fahrzeugdaten enthält, soll auf nationaler Ebene parallel ein Fahrzeugdaten-Gesetz erarbeitet und vorgelegt werden.

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Detlef Müller (AG Digitales und AG Verkehr)

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Halbjahr: Referentenentwurf

▪ SPD-Begleitgruppe zur Kommission für reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin

Folgende Punkte werden geprüft:

- Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches
- Möglichkeiten zur Legalisierung der Eizellspende
- Möglichkeiten der Legalisierung der altruistischen Leihmutterchaft

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Sönke Rix
Dagmar Schmidt
Dirk Wiese

Vorhaben	Zeitplan
Abschlussbericht	März 2024

▪ „Historische Verantwortung wahrnehmen - Jüdisches Leben in Deutschland schützen“

Ziel sind übergeordnete Steuerungsmechanismen zur Lenkung der begrenzt verfügbaren Ressource Biomasse.

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gabriela Heinrich
Dirk Wiese

Vorhaben	Zeitplan
Entschließungsantrag	offen

Gemeinsamer Entschließungsantrag SPD, Grüne, FDP und Union "Historische Verantwortung wahrnehmen - Jüdisches Leben in Deutschland schützen"

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Dirk Wiese
Gabriela Heinrich

Vorhaben

■ Antrag

Zeitplan

offen

■ **Biomassestrategie**

Ziel sind übergeordnete Steuerungsmechanismen zur Lenkung der begrenzt verfügbaren Ressource Biomasse.

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Dr. Matthias Miersch (AG Ernährung und Landwirtschaft und AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz)

Vorhaben

■ Strategie

Zeitplan

1. Quartal 2024
